



Lokales

70:30 für den Koalitionsvertrag

SPD-Ortsverein Espelkamp lud zur Diskussion mit Achim Post ein

Espelkamp (Kas). André Stargardt, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Espelkamper Stadtrat, freute sich: "Unsere Veranstaltung war gut besucht. Wir haben sogar Parteimitglieder begrüßen können, die sich jahrelang nicht bei uns haben blicken lassen." Und noch etwas macht ihm gute Laune: "Übers Internet habe wir auch einige Neumitglieder gewinnen können."

Die Genossen des Ortsvereins Espelkamp hatten am Wochenende zu einem Treffen mit dem heimischen SPD-Bundestagsabgeordneten Achim Post eingeladen, um mit ihm als Mitglied der Parteiführung aus Berlin über den Koalitionsvertrag zu diskutieren. Er nutzte die Gelegenheit, mit vielen Parteimitgliedern ins Gespräch zu kommen.

Stargardt empfand den Ton der Darstellung von Post als "sehr sachlich und ausgewogen."

Er habe fünf Dinge aus dem Koalitionsvertrag vorgetragen, die positiv seien. Darunter natürlich die Mindestlohn-Regelung und die Rentenanpassungs-Modelle. Bei den Äußerungen sei deutlich geworden, dass sich auch in Espelkamp der bundesweite Trend immer mehr durchgesetzt habe. Der liege zurzeit bei 70:30 für die Annahme der Koalitionsvereinbarung. Wobei der Grad der Zustimmung gewachsen sei, machte Stargardt deutlich. Als sehr gut habe er empfunden, dass Post auch auf negative Punkte eingegangen sei. Er nennt hier die Themen Gesundheitsreform, Rüstungs- und Europapolitik, wo man mit der CDU nicht so ganz konform ginge. Außerdem befürchteten einige, dass die SPD im Laufe der Regierungszeit "kaum mehr wahrzunehmen ist" und somit an Profil verliere. Von Seiten der Kritiker kam auch der Einwand, dass sie sich nicht so richtig entscheiden könnten, weil bisher noch keine Namen aus der SPD-Riege für die Ministerien genannt seien. Dem wurde entgegengehalten, dass der Mitgliederentscheid nicht über Personen, sondern über Sachthemen abgehalten werden solle.

SPD-Kreistagsmitglied Claudia Strobel freute sich ebenfalls über die gute Beteiligung. Hier zeige es sich, dass die "Basis beteiligt werden will". Dann ließe sie sich auch mobilisieren. Sie stellte auch die Frage in den Raum: "Was haben wir denn in der augenblicklichen Situation für Alternativen?"